

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O, Müdersdorfer Str. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.
Postfach-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung:

Berlin O, Müdersdorfer Straße 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne Postgeb.), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Einzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 46.

Berlin, den 12. November 1911.

12. Jahrgang.

Beachtenswerte Winke.

Innerhalb der baugewerblichen Verbände Deutschlands haben wir ohne Ausnahme die Tatsache zu verzeichnen, daß deren Mitgliederzahl im ersten Quartal eines beliebigen Jahres bedeutend niedriger ist, wie am Schlusse des dritten Quartals des vorausgegangenen Jahres. Im christlichen Bauarbeiterverband betrug diese Schwankung in den Jahren 1908 bis 1910:

drittes Quartal	erstes Quartal
1908 36074 Mitglieder	1909 31550 Mitglieder
1909 35809 "	1910 31785 "

Das ist ein ganz erheblicher Rückgang, der seinen Grund in bisher zu wenig beachteten Ursachen haben muß. In diesem Jahr ist ja nun erstmalig ein Weichen von der bisherigen Regel zu verzeichnen, denn die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des ersten Quartals 1911 35 974 gegen 35 599 am Schlusse des dritten Quartals 1910. Hier ist also noch eine kleine Steigerung zu verzeichnen. Da es sich aber wie gesagt um ein erstmaliges Abweichen von der Regel handelt, kann das als kein Beweis für den Abschluß dieser Erscheinung gelten. Zudem dürfte dieser Fortschritt auf besondere Umstände, den vorjährigen Vertragsabschluß, den milden Winter und die gesteigerte Agitationsarbeit, zurückzuführen sein.

Gewiß ist richtig, daß alle Organisationen ohne Unterschied einer ständigen Mitgliederchwankung unterworfen sind. Diese Schwankung ist jedoch nirgends eine so eigenartige und sprunghafte, wie sie sich in den baugewerblichen Arbeiterorganisationen fast in jedem Jahr zwischen obengenannten Quartalen zeigt. Sie hat nichts von einer normalen Entwicklung an sich, mag sie nun nach unten oder oben gehen, die man sich ohne weiteres aus Ursachen, die auf das Organisationsleben von Einfluß sind, erklären kann. Darum kann es auch kein gesunder Zustand sein, läßt vielmehr auf erhebliche Mängel im Organisationsarbeit schließen. Es besteht darum genügend Veranlassung für uns, den Ursachen dieser Erscheinung auf den Grund zu gehen und sie zu beseitigen. Denn neben der inneren Schädigung des Organisationslebens durch einen solchen alljährlichen starken Mitgliederverlust kommt auch der Aufwand an Arbeit und Opfer in Frage, zunächst erst den Verlust wieder einzuholen und sich erst dann der weiteren Ausdehnung der Mitgliederzahl zuzuwenden zu können.

Die Unterlage zu genannter Erscheinung liegt in dem Charakter des Baugewerbes als Saisongewerbe und seiner zu einem großen Teile ungesicherten Arbeiter. Die Saisonkonjunktur ist ferner in den einzelnen Städten eine stark schwankende, die nicht selten innerhalb weniger Wochen von lebhafter Tätigkeit zu starker Flaute übergeht. Durch diese Eigenheit des Baugewerbes entsteht ein fortwährendes Hin- und Herlaufen seiner Arbeiter von einer Stadt zur andern, was durch deren Unversicherung bedeutend erleichtert und gefördert wird. Durch diese starke Binnenwanderung sind die örtlichen Organisationen naturgemäß starken Schwankungen unterworfen. Auf die Gesamtorganisation müßte das jedoch ohne Einfluß bleiben, wenn nicht eben mit dem Wechsel der Arbeitsstelle oder des Arbeitsortes sehr oft die Verbandszugehörigkeit Schiffsbrücke litte. In diesem Umstand haben wir die Hauptursache der allgemeinen, starken Fluktuation in den baugewerblichen Organisationen zu suchen. Alle die unversicherten Charaktere und unsicheren Antonisten, die weniger dem eigenen Triebe als dem sie umgebenden Zwange folgen, sind ohne weiteres verloren, werden sie nicht in ihrer neuen Arbeitsstelle gleich von sicheren und entschiedenen Gewerkschaftsvertretern in Empfang genommen. Ferner die Unkenntnis der neuen örtlichen Verbandsrichtungen, sowie die Bequemlichkeit, die sich nicht die Mühe macht, sich nach dem Verbandslokal oder dem Zahlstellen-vorsitzenden zu erkundigen. Ja, wir haben nicht selten die Erfahrung gemacht, daß selbst eifrige Verbandskollegen in den neuen Verhältnissen lau und gleichgültig wurden.

Die größte Veränderung unter der Arbeiterschaft des Baugewerbes tritt in den Monaten November und Dezember ein. Viele Tausende von Bauarbeitern kehren in diesen beiden Monaten in ihre Heimat zurück, die drohende Arbeitslosigkeit treibt viele, namentlich die Angeleiteten, in andere Berufe. In diesem Vorgang ist der eigentliche Grund zu dem alljährlichen großen Mitgliedersturz zu suchen, die abreisenden Kollegen führen zum überwiegenden Teil die lange Verlustliste herbei.

Auf den ersten Blick kann man sich dieses Verhalten nicht erklären, denn bis auf einen verschwindenden Teil kehren doch alle wieder im Frühjahr zurück, kommen damit auch wieder in die Arme der Organisation, zudem ist der Winter beitragsfrei. Warum gehen sie trotzdem verloren? Wenn man auch annehmen wollte, es kehrten viele erst im April wieder in die Städte und Industriebezirke zurück, so daß sie, obwohl Mitglieder, im ersten Quartal doch nicht zur Zahlung gelangten, weil sie eben in keiner Zahl- oder Verwaltungsstelle gemeldet sind, so trifft das

nicht zu. Bisher bildeten den Ausgleich in dem Mitglieder-rückgang zwischen dem zweiten Quartal des neuen und dem dritten Quartal des vorausgegangenen Jahres immer wieder die Neuaufgenommenen. Sie gehen also tatsächlich verloren. Der Grund dafür ist der: Ein erheblicher Teil der abreisenden Mitglieder und derjenigen, die sich nach einer anderen Tätigkeit während des Winters umsehen, erfüllt in den letzten Wochen einfach seine Verpflichtungen nicht mehr, wozu er sonst durch die übrigen Mitglieder und die Macht der Verhältnisse gebrängt wird. Sie werfen in kurzlichster Weise die Mitgliedschaft von sich. Nur damit ist der starke Mitgliederverlust im letzten und ersten Quartal eines Jahres zu erklären. Sie gehen ab, ohne sich vor schriftsmäßig zu melden, und bilden die lange Liste der wegen Nichtbezahlens der Beiträge Gestrichenen. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß sie nun dauernd der Organisation den Rücken gekehrt hätten. Nein! Im nächsten Frühjahr lassen sie sich an der neuen Arbeitsstelle als neue Mitglieder aufnehmen, natürlich drücken sie sich auch davon, wenn es ihnen möglich gemacht wird. Es geben auch mitunter noch solche die Mitgliedschaft auf, die zwar im alten Jahr ihre Verpflichtungen erfüllt, im neuen Jahr jedoch, wegen ihrer späten Wiederaufnahme der Arbeit, nicht die ersten Wochen nachbezahlen wollen.

Im Interesse des Verbandes liegt es, mit aller Energie diesem Uebelstand entgegenzuwirken, überhaupt die Fluktuation zu bekämpfen. Nicht minder liegt es aber auch im Interesse der Mitglieder selbst. Mit Aufgabe der Organisationszugehörigkeit ist die Preisgabe der erworbenen Rechte verknüpft. Das ist heute weit schwerwiegender, nachdem die Münchener Generalversammlung die Höhe der jeweiligen Unterstützungen bei Streik, Krankheit usw. nach der Dauer der Mitgliedschaft bemessen, die Krankenunterstützung auch über den Winter ausgedehnt hat. Darüber sind die Mitglieder besonders aufzuklären, auch daß zum Bezug jedweder Unterstützung die Schlusskarte, die nunmehr jedes Mitglied am Jahresabschluss erhält, im Mitgliedsbuch eingeklebt sein muß.

Nachdrücklich sind die Mitglieder darauf hinzuweisen, daß sie sich bei ihrer Weisheit vorschriftsmäßig abzumelden haben. Das ist eine Maßnahme, ohne die ein geordnetes Organisationsverhältnis nicht auskommen kann. Es muß aber auch Ehrenpflicht der abreisenden Kollegen sein, dem nachzukommen. Die Winterzahlstellen können vorzüglich erzieherisch wirken, wenn sie sofort nach ihrer Konstituierung eine gründliche Buchkontrolle vornehmen. Auch hier müssen wir wieder auf die Bauleitenden, und die Kontrolle durch die Mitglieder selbst, hinweisen. Wo auf einem Bau sofort die Organisationszugehörigkeit festgestellt und eine regelmäßige Buchkontrolle durchgeführt wird, kommen die Mitglieder mit ihren Beiträgen nicht in Verzug, werden darum auch die übrigen Vorschriften mit größerer Pünktlichkeit und Freude zur Ausführung gebracht.

Voraus ist sodann anzunehmen, daß die Mitglieder in ständigem, lebendigem Zusammenhange mit der Organisation bleiben. Die Fäden zwischen beiden dürfen nie zerreißen, wenn auch schließlich kein weiterer Zusammenhang als die Zuwendung des Verbandsorgans besteht. Die örtlichen Verbandsvorstände sollen deshalb für die Zuwendung des Organs an die Kollegen, wo keine Winterzahlstellen bestehen, Sorge tragen. Damit wird der geistige Zusammenhang mit dem Mitglied aufrechterhalten; ein unbedingtes Erfordernis. Dort, wo die Errichtung einer Winterzahlstelle möglich ist, muß die Gründung sofort in die Wege geleitet werden. Diese hat den Kollegen das Verbandsorgan zuzustellen und die Bücherkontrolle vorzunehmen, vor allem aber auch eine fräftige Winteragitation in die Wege zu leiten.

Wir müssen alle Kraft aufbieten, um einem Mitgliederverlust im kommenden Winter vorzubeugen. Wir können das leicht, wenn wir unständig und nachhaltig vorgehen. Wir können sogar mehr. Wenn wir den festen Entschluß fassen und die genügenden Vorbereitungen treffen, können wir einen guten Fortschritt erringen. Ja, wir müssen den Winter mit kräftigster, zielklarer Agitation ausfüllen. Nicht unsere jetzige Mitgliederzahl erhalten wollen wir, nein, sie muß sich steigern. Besonders die Winterzahlstellen können bei ein gewichtiges Wort reden und sich große Verdienste erwerben. An alle ergeht darum die Aufforderung, daß sie sich für die Winteragitation bereit halten. Zwendentsprechende Anweisung und ebensolches Material wird den Vorständen zeitig zugehen. Alle Mitglieder aber fordern wir auf, sich in unserer jetzigen bewegten Zeit mit neuen Kräften in den Dienst des christlichen Bauarbeiterverbandes zu stellen.

Maht dir ein Mensch mit ruhigem Gesicht,
Mit schwieligen und arbeitsstarken Händen,
Von dem darfst du dich nicht verachtend wenden,
Denn Arbeit, Freund, die schändet nicht.
Böhmer.

Der Bauarbeiterschut in Münster i. W.

Endlich ist es auch hier gelungen, die zuständige Behörde zu veranlassen, eine Bauarbeiterschutverordnung herauszugeben. Schon im Jahre 1905 beantragten wir beim hiesigen Magistrat den Erlass einer solchen Verordnung, jedoch ohne Erfolg. Im Jahre 1906 wurden wir erneut vorstellig mit dem gleichen Resultat. Im Jahre 1908 wurde dann eine vollständige Verordnung von uns ausgearbeitet und im Auftrage unseres Verbandes sowie des Kartells durch den Kartellvorsitzenden, Stadtverordneten Holle, dem Magistrat eingereicht mit dem Antrage, gemäß derselben eine Verordnung zu erlassen. Einige Tage nachher lief schon ein Schreiben der Behörde ein, daß man mit der Ausarbeitung der Bauarbeiterschutvorschriften beschäftigt sei, und würde man gerne die in der Eingabe niedergelegten Wünsche so weit als möglich berücksichtigen, sowie sie bald herausgeben. Doch das gegebene Versprechen wurde nicht erfüllt und unsere Geduld auf eine harte Probe gestellt. Wiederholt wurde der Kartellvorsitzende im Auftrage unseres Verbandes sowie des Kartells bei der Behörde vorstellig, stets wurde auch die baldige Veröffentlichung der Vorschriften in Aussicht gestellt, doch demgemäß gehandelt wurde nicht. So berief denn das Kartell am 21. Juni d. J. eine neue Versammlung ein, um die Wünsche darzulegen, welche die Münsterische Arbeiterchaft an die Stadtverwaltung habe. Kollege Müller begründete dabei in einem Referat die Notwendigkeit des Bauarbeiterschutzes und verlangte nochmals die endliche Erfüllung unserer diesbezüglichen Wünsche. Der Erfolg stellte sich dann nachher auch ein. Den Unternehmern sowie auch uns wurde vor Erlass der Schutzbestimmungen Gelegenheit gegeben, in dieselben Einsicht zu nehmen, so daß wir nochmals unseren Standpunkt zu dem Entwurf darlegen, sowie die nicht berücksichtigten Wünsche im einzelnen begründen konnten. Dadurch erreichte wir, daß einige wichtige Bestimmungen in unserem Interesse umgeändert wurden. Die Verordnung stellt einen guten Fortschritt des Bauarbeiterschutzes dar. Sie wäre für uns noch bedeutend wertvoller und würde noch freudiger begrüßt werden, wenn in derselben auch die von uns beantragten und vor der Veröffentlichung nochmals eingehend begründeten Bestimmungen über „Schutzbefristungen bei dem Ueberdiehandmauern“ ausgenommen wären, zumal die Unfallverhütungsvorschriften der Rhein.-Westf. Bauergewerkschaft darüber nichts bestimmen. Doch was jetzt nicht zu erreichen war, wird uns hoffentlich später gelingen. Wir lassen im Nachstehenden die Verordnung wörtlich folgen.

Polizeiverordnung betreffend die Arbeiterfürsorge auf Bauten.

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1885 wird für den Stadbezirk Münster mit Zustimmung des Gemeindevorstandes nachstehende Polizeiverordnung erlassen.

§ 1. Bei allen Neubauten und größeren Umbauten muß für die Arbeiter zur Unterkunft während der Arbeitspausen und bei ungünstiger Witterung ein Raum (Baubude) von mindestens 2,20 Meter lichter Höhe und einer Größe, die auf 0,75 Quadratmeter Grundfläche für je einen bauernb beschäftigten Arbeiter bemessen ist, vorhanden sein.

Die Baubude muß einen festen und trockenen Boden, dicke Wände (Breiterwände) und ein dichtes Dach, sowie ausreichende Fenster haben, lüftbar und in der Zeit vom 1. November bis 1. April heizbar sein, Sitzplätze in genügender Zahl und einen Tisch enthalten.

Die Verstellung einer besonderen Baubude ist nicht erforderlich, wenn in benachbarten Gebäuden Räume von der für die Baubude vorgeschriebenen Größe und Beschaffenheit den Arbeitern zur ausschließlichen Benutzung zur Verfügung gestellt werden, oder wenn in dem Bau selbst ein geeigneter Raum für den Aufenthalt der Arbeiter eingerichtet wird.

Der Unterkunftsraum muß in reinlichem Zustande und stets frei gehalten werden; insbesondere dürfen keine Wurstöpfe darin gelagert werden.

Bei Tiefbauten dürfen Unterkunftsräume von dem Beschäftigungsort eines jeden Arbeiters in der Regel höchstens 600 Meter entfernt sein.

§ 2. Auf jeder Baustelle oder in deren unmittelbarer Nähe ist für die Arbeiter eine Abortanlage mit Pflanz zur Verfügung zu stellen, und zwar so, daß ein Abort für höchstens 25 Arbeiter dient. Zwischen mehreren Eiken sind Scheidewände anzubringen. Die Anlage muß in der Regel mindestens 6 Meter von der Baubude, von der Straße und von den Fenstern benachbarter Gebäude entfernt liegen.

Die Abortzellen müssen allseitig dicht umschlossen, regen-dicht überdacht, hinreichend belüftet und zu entlüften sein, sowie, wenn sie nicht an die Kanalisation angeschlossen werden, mit einer undurchlässigen Grube versehen sein. An Stelle der Gruben sind wasserdichte, starke Tonnen zulässig; die Tonnen sind durch Sitz- und Stoppbreiter zu verdecken. Für eine rechtzeitige Entleerung ist Sorge zu tragen. Abort- und Pflanzanlagen müssen so eingerichtet werden, daß der Einblick von außen verhindert wird.

Die Abortanlagen sind stets in reinem Zustande zu erhalten und nach Bedarf zu desinfizieren.

§ 3. Auf jeder Baustelle ist gutes Trinkwasser bereitzustellen.

§ 4. Auf den Baustellen muß in dem Unterkunftsraum (§ 1) für die erste Hilfeleistung bei Unfällen ein verschließbarer, handlicher Verbandkasten mit den für einen Rotband erforderlichen Gegenständen vorhanden sein.

§ 5. Die Arbeiter-Unfallverhütungsvorschriften der zuständigen Bauergewerkschaft müssen bei allen Neubauten und größeren Umbauten zu jedermanns Einsicht anhängen.

§ 6. Die Bestimmungen in den §§ 1—5 finden Anwendung: a) bei Hochbauten, wenn einschließlich der Polizei und Befristung mehr als 6 Personen zur Zeit der Rohbauausführung gleichzeitig beschäftigt sind; b) bei Tiefbauten, wenn an einem Tage mehr als 10 Personen länger als eine Woche gleichzeitig beschäftigt sind.

§ 7. Vom 15. November bis 15. März dürfen Arbeiter des inneren Aufbaues in Neubauten, insbesondere Stukkateure, Maler, Putzer und Töpferarbeiten nur dann ausgeführt werden, wenn die Räume, in denen gearbeitet wird, durch Lüften und Fenster verschlossen sind. Die nur vorläufige Anbringung derartiger Verschlässe ist für genügend zu erachten.

§ 8. In Räumen, in welchen offene Kohlenfeuer ohne Abführung der entstehenden Gase brennen, darf nicht gearbeitet werden. Solche Räume sind gegen die benachbarten Räume, in denen gearbeitet wird, abzuschließen.

§ 9. Für die Befolgung der Vorschriften dieser Polizeiverordnung sind die Unternehmer und deren Stellvertreter, sowie die Bauleiter verantwortlich.

§ 10. Zuwiderhandlungen gegen diese Polizeiverordnung werden mit Geldstrafe von einer bis dreißig Mark, im Unvermögensfalle mit Haft von einem bis drei Tagen bestraft.

§ 11. Diese Verordnung tritt am 15. Oktober 1911 in Kraft. Münster, den 5. Oktober 1911.

Die Polizeiverwaltung.

Wir erwarten, daß unsere Kollegen nun auch mit voller Kraft für die Durchführung dieser Bestimmungen eintreten, und daß sie nicht durch eigene Interesslosigkeit das Erreichte wieder zum Teil praktisch entwertet. Für eine ganze Reihe von Zahlstellen des Bezirks ist durch die Bezirksleitung an der entsprechenden Stelle im Laufe dieses Frühjahrs eine Eingabe gemacht worden, und wurde auch verprochen, eine Verordnung herauszugeben. Wird dieses gehalten, so wird bald der größte Teil der Zahlstellen des Bezirks ähnliche Bauarbeiterverordnungen bekommen wie die vorstehenden. Wir sehen auch im vorstehenden Falle wieder, daß nur zähes Festhalten an dem einmal gesteckten Ziel uns den Erfolg sichert.

Entscheidungen des Zentralschiedsgerichts für das deutsche Baugewerbe.

Entscheidung 186.

In Sachen des Arbeitgeberverbandes für die Neumark in Landsberg a. W. gegen den Zweigverein Landsberg a. W. des Deutschen Bauarbeiterverbandes erkennt das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe zu Berlin dahin: Der Antrag 3 der Tagesordnung, Sache 130: Das Schiedsgericht möge beschließen, daß der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes Zweigverein Landsberg a. W. dahin zu wirken habe, daß ein Akkordtarif zustande komme, wird abgelehnt. Bez. Wöbling.

Gründe: Der Antrag des Arbeitgeberverbandes wird mit der Begründung der Arbeitnehmer begründet, einen Akkordtarif zu vereinbaren. Da die Arbeitnehmer zwecks Verhandlung über den Akkordtarif einmal vor der Schlichtungskommission erschienen sind, haben sie gemäß der Entscheidung 172 des Zentralschiedsgerichts ihrer Pflicht genügt. Daß die Akkordarbeit in einzelnen Zweigen der Bauarbeit in Landsberg a. W. üblich ist, wird von den Arbeitern zugestanden. Hierüber bedarf es also keiner Verhandlung und keiner Entscheidung.

Entscheidung 187.

In Sachen des Bezirksarbeiterverbandes für das Baugewerbe für die Provinz Sachsen in Halle a. S. gegen den Zweigverein Jörbig des Deutschen Bauarbeiterverbandes erkennt das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe zu Berlin dahin: 1. Der Antrag wird wegen Unzuständigkeit des Zentralschiedsgerichts für das Baugewerbe zu Berlin abgewiesen. 2. Das Zentralschiedsgericht empfiehlt den Parteien, im Interesse der einheitlichen Gestaltung der Verhältnisse im deutschen Baugewerbe, bei Vertragsabschlüssen das Vertragsmuster zu benutzen.

Gründe: Der Zweigverein Jörbig des Deutschen Bauarbeiterverbandes hat mit zwei Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Jörbig einen Vertrag abgeschlossen, dabei aber das Vertragsmuster vom 31. Mai 1910 nicht benutzt. Eine Verpflichtung zum Vertragsabschluß besteht für Jörbig nach den Dresdener Schiedssprüchen vom 16. Juni 1910 überhaupt nicht. Deswegen ist, wie in der Begründung der Dresdener Schiedssprüche unter IV, Abt. 4 und 5 gesagt ist, das damalige Dresdener Schiedsgericht für solche Fälle nicht zuständig gewesen. Diese Begründung ist von der Vertragspartei angenommen worden. Sie bildet daher einen Teil des Tarifvertrages und ist deshalb auch für das Zentralschiedsgericht maßgebend. Daraus ergibt sich die Entscheidung zu 1.

Der Sinn und Geist des Haupttarifvertrages entspricht es aber, daß die Parteien diesem Vertrag überall Geltung zu verschaffen bestrebt sein müssen. Deshalb empfiehlt das Zentralschiedsgericht in Nr. 2 seiner Entscheidung überall das Vertragsmuster zu benutzen und dementsprechend, soweit Zweigverbände der Zentralorganisationen bestehen, auch nur mit diesen Verträge abzuschließen.

Entscheidung 190.

In Sachen des Antrages des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe Schleswig-Holstein (Ortsverband Kiel) auf Festsetzung des Geltungsbereichs für den Lohnvertrag der Lokführer Baugewerbe Kiel erkennt das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe zu Berlin dahin: Die Sache wird an die örtlichen Organisationen zur notwendigen Verhandlung zurückverwiesen, die binnen 14 Tagen nach Zustellung an die Zentralorganisationen zu erfolgen hat. Wird keine Einigung erzielt, soll die 11. Instanz endgültig entscheiden.

Gründe: Die Tarifverhandlungen in Kiel haben zu einer Einigung geführt mit Ausnahme der Frage, zu welchem Lohngebiete die Orte Weßdorf und Stampe zu rechnen sind. In dieser Frage haben am 2. August d. J. in Gegenwart des Geh. Rats Dr. K. v. L. Verhandlungen stattgefunden, welche zu dem beide Teile verbindlichen Ergebnisse führten, daß beide Parteien erklären, nochmals in Verhandlungen einzutreten, um eine gütliche Vereinbarung zu erzielen, widrigenfalls der Vertrag einseitig bei beiden Parteien geschlossen werden soll. Ingefallenenfalls haben diese Einigungsverhandlungen bis heute noch nicht stattgefunden. Es war deshalb zweckmäßig, in erster Linie zu verfügen, daß diese Verhandlungen entsprechend dem am 2. August abgeschlossenen Tarifvertrage nachträglich stattfinden und so beschleunigt werden, daß innerhalb 14 Tagen nach Zustellung gesamtlicher Entscheidung an die Zentralorganisationen deren Fallstand bekannt ist. Somit keine Vereinbarung zustande, so ist in jüngster Anwendung der Begründung in Nr. 86 der Entscheidung des Zentralschiedsgerichts die zweite Instanz endgültig zu entscheiden, nachdem es für die zweite Instanz die Festsetzung des Vertragsmusters handelt.

Entscheidung 189.

In Sachen des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands, Verwaltungssitzes Koblenz, gegen den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und Umgegend, erkennt das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe zu Berlin dahin: Für die Frage, ob die Beschäftigungserweiterung des Arbeiterverbandes durch Schließung des Abnahmestandes auf den 1. Oktober 1912 zulässig ist, ist das Zentralschiedsgericht keine Zuständigkeit, doch empfindet es sich verpflichtet, in allen Fällen den Vertragsabschlüssen zugunsten zu sein.

Gründe: Im August 1910 schloß der christliche Bauarbeiterverband in Koblenz mit dem dortigen Arbeitgeberverband einen Tarifvertrag, dessen Ablauftermin auf den 1. Oktober 1912 festgesetzt wurde. Im Antrage des Vorstandes des

Deutschen Arbeitgeberverbandes weigert sich der Arbeitgeberbezirksverband für das Baugewerbe und Umgegend, diesen Vertrag zu genehmigen, weil der Ablauftermin nicht entsprechend dem Vertragsmuster auf den 31. März 1913 festgesetzt ist. In Norderny hat im Frühjahr 1910 keine Arbeiterbewegung stattgefunden. Der dort 1907 abgeschlossene Vertrag lief noch bis zum 30. September 1910. Infolge dessen unterfällt, wie aus der Begründung der sogenannten Dresdener Schiedssprüche vom 16. Juni 1910 unter IV, Absatz 4 und 5 hervorgeht, die Streitfrage nicht der Zuständigkeit des Zentralschiedsgerichts. Es entspricht jedoch dem Sinne eines jeden Tarifvertrages, wenn die Vertragsparteien auch dort, wo nach den Dresdener Schiedssprüchen ein Ortsvertrag nicht abgeschlossen zu werden braucht, keinen diesem widersprechenden Vertrag abzuschließen. Daher empfiehlt das Zentralschiedsgericht den örtlichen Parteien, ihren Tarifvertrag mit dem Vertragsmuster vom 31. Mai 1910 und folglich mit dem dort festgesetzten Ablauftermin hinsichtlich in Uebereinstimmung zu bringen.

Entscheidung 188.

In Sachen der grundsätzlichen Anfrage des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe Schleswig-Holstein erkennt das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe zu Berlin dahin: 1. Soweit ein örtlicher Vertrag besteht, ist innerhalb des Gebietes dieses Vertrages der Abschluß von Vertragsmustern abweichender Verträge unzulässig. 2. Zu 2 der Anfrage erklärt sich das Zentralschiedsgericht für unzulässig, doch wird empfohlen, das Vertragsmuster in allen Fällen den Vertragsabschlüssen zugrunde zu legen.

Gründe: Innerhalb des Gebietes des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Schleswig-Holstein sind bei Tarifverträgen des Deutschen Bauarbeiterverbandes an solchen Orten, die dem Dresdener Schiedsspruch nicht unterfallen, und für welche danach die Verbände zum Abschluß von Tarifverträgen nach dem Haupttarifvertrag von 1910 und den Dresdener Schiedssprüchen nicht verpflichtet sind, Abweichungen von dem allgemeinen Vertragsmuster vom 31. Mai 1910 vorgekommen, insbesondere in Bezug auf §§ 5, 6, 10 und 11 des Vertragsmusters. Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Schleswig-Holstein wünscht deshalb, daß das Zentralschiedsgericht besondere Bestimmungen für herabgesetzte Verträge möge und beantragt: 1. die Abweichung vom Tarifmuster bei Verträgen mit anderen als den im Titel des Haupttarifvertrages benannten Organisationen abgeschlossenen Tarifverträgen für unzulässig zu erklären, 2. die Nichtbenutzung des Vertragsmusters beim Abschluß von Tarifverträgen zwischen Orts- und Bezirksverbänden der vertragsschließenden Zentralorganisationen, die nicht den Dresdener Schiedssprüchen unterfallen, für unzulässig zu erklären. In § 1, Absatz 8 des Vertragsmusters ist bestimmt, daß die Vertragsparteien abweichende Bestimmungen mit anderen Organisationen oder einzelnen Arbeitgebern nicht treffen dürfen. Diese Bestimmung tritt aber erst in Kraft, wenn die Parteien von dem Vertragsmuster Gebrauch gemacht und einen entsprechenden örtlichen Vertrag geschlossen haben. In diesem Falle ist, wie die Entscheidung zu 1 es bestimmt, eine Abweichung vom Vertragsmuster unzulässig. Wenn aber der Fall so liegt, daß ein örtlicher Vertrag nicht abgeschlossen worden ist, und nach dem Dresdener Schiedsspruch nicht abgeschlossen zu werden braucht, so ist gemäß IV, Absatz 4 und 5 der Begründung dieses Schiedsspruches das Zentralschiedsgericht überhaupt nicht zuständig. Das befragt die Nummer 2 dieser Entscheidung. Dem Sinne des Tarifvertrages entsprechend empfiehlt das Zentralschiedsgericht aber stets das Vertragsmuster zu benutzen.

Entscheidung 192.

In Sachen des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Leipzig, auf Aufhebung eines Schiedsspruches der Lokführer Leipzig erkennt das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe zu Berlin dahin: Der Antrag auf Aufhebung der Entscheidung des Schiedsgerichts zu Leipzig wird zurückgewiesen.

Gründe: Ingefallenenfalls enthält der Leipziger Vertrag keine Bestimmung über die Lohnberechnungsperiode. Es ist namentlich richtig geworden, ob einzelne Arbeitgeber berechtigt sind, entgegen der überwiegenden Praxis des Donnerstagswöchenschlusses den Mittwochswochenschluß einzuführen. Das Leipziger Schiedsgericht hat diese Frage in zwei Fällen bejaht und seine Entscheidung mit den in den beiden fraglichen Verträgen besonders gelagerten Verhältnissen begründet. Das Schiedsgericht war angezogen des § 5 des Haupttarifvertrages unzulässig zur Entscheidung des Streitfalles berechtigt; dem es handelt sich um eine rein örtliche Streitigkeit aus dem Vertrage. Die Frage, ob die Entscheidung des Schiedsgerichts den örtlichen Verhältnissen genügend Rechnung getragen und daher auch zweckmäßig war, unterliegt nicht der Zuständigkeit des Zentralschiedsgerichts. Erhöht eine Partei in einem derartigen Schiedsspruch eine Schädigung ihrer Interessen, so ist es ihre Aufgabe, bei zukünftigen Fällen mit dem nötigen Nachdruck im örtlichen Schiedsgericht darauf hinzuwirken. Da die Entscheidung des Schiedsgerichts gemäß § 5, Absatz 2 des Haupttarifvertrages endgültig ist und auch nicht gegen den Sinn der Berliner und Dresdener Entscheidungen verstößt, so war das Zentralschiedsgericht außerstande, die Entscheidungen der Sozialkommission anzuhaken.

Entscheidung 191.

In Sachen des Antrages des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands (Zahlstelle Wittingen) auf Aufhebung des Vertrages, soweit Lohnsätze in Frage kommen und neue Lohnsätze mit dem Lohnausgleich in dem Vertrag einzustellen, erkennt das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe zu Berlin: Es wird festgesetzt, daß der Lohn der Zimmerer in Wittingen ab 1. April 1911 43 Pf. und ab 1. April 1912 44 Pf. beträgt.

Gründe: Am 1. Juli 1910 wurde für Wittingen ein Vertrag vereinbart, in dem die tägliche Arbeitszeit um eine halbe Stunde verkürzt wurde, ohne daß der durch Verkürzung der Arbeitszeit bedingte Lohnausgleich durch eine entsprechende Erhöhung der Löhne ausgeglichen worden wäre. Erst bei den Verhandlungen des Zentralschiedsgerichts im März 1911 stellte sich heraus, daß der Lohnausgleich aus einem Versehen der beteiligten Organisationen unterblieb, und jetzt deshalb der Zentralverband der Zimmerer den Vertrag wegen Nichtigkeit sofort an. In jüngster Anwendung der Entscheidung Nr. 157 des Zentralschiedsgerichts war diese Ansetzung als begründet zu erklären und zugleich der Lohn für die Zimmerer ab 1. April 1911 auf 43 Pf., ab 1. April 1912 auf 44 Pf. festzusetzen, nachdem von den Vertretern des Arbeitgeberverbandes die Forderung als richtig anerkannt worden waren. Selbstredend ist die Arbeitgeberüberzeugung gemäß II der Dresdener Schiedssprüche durchzuführen und von dieser Durchführung die Gewährung des Lohnausgleichs abhängig.

Entscheidung 193.

In Sachen 1. des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Kalkberge, 2. des Zentralverbandes der Zimmerer, Zahlstelle Kalkberge, erkennt das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe zu Berlin dahin: Das Zentralschiedsgericht beschließt, den ersten Vorsitzenden des Berliner Gewerkschafts zu erziehen, für das zu übernehmende Schiedsgericht einen Unparteiischen zu bestimmen, unter dessen Vorsitz die künftigen Streitigkeiten abzuhandeln werden sollen.

Gründe: In der Entscheidung des Zentralschiedsgerichts Nr. 186 in Kalkberge über den Abschluß eines Tarifvertrages von den Zimmerern in Kalkberge mit dem dortigen Arbeitgeberverband, daß in der Frage des Lohnausgleichs es Sonnabenden und an den Vorabenden hoher Festtage, in der der Lohnausgleich, in der Erhöhung der Löhne und über den

Zeitpunkt der Lohnauszahlung keine Einigung erzielt wurde, Gemäß der Entscheidung Nr. 33 des Zentralschiedsgerichts im Zusammenhang mit Entscheidung III der Dresdener Schiedssprüche sollten diese Streitpunkte durch die im früheren Vertrag vorgelegene zweite Instanz endgültig entschieden werden. Der Parteien ist es jedoch nicht gelungen, eine zweite Instanz mangels eines Unparteiischen zu schaffen. Gemäß Entscheidung Nr. 7 des Zentralschiedsgerichts wäre bei dieser Sachlage das Zentralschiedsgericht an sich zur Entscheidung berechtigt. Nachdem es sich aber in der Hauptsache um Fragen handelt, welche unter Zugrundelegung der besonderen lokalen Verhältnisse zu erledigen sind, so erschien es angemessen, für den gegenwärtigen Fall ein besonderes Schiedsgericht unter Mitwirkung der lokalen Organisationen zu bestellen. Die Schwierigkeit der Gewinnung eines unparteiischen Vorsitzenden soll dadurch behoben werden, daß eine vom Vertrauen beider Parteien getragene Persönlichkeit gebeten werden soll, einen Unparteiischen zu bestimmen.

Entscheidung 194.

In Sachen des Arbeitgeberverbandes zu Landsberg a. W. gegen den Zweigverein Landsberg a. W. des Deutschen Bauarbeiterverbandes erkennt das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe zu Berlin dahin: Der Antrag 3a der Tagesordnung (Sache 163), das Zentralschiedsgericht möge beschließen, daß der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Landsberg a. W., dahin zu wirken habe, daß ein Akkordtarif zustande komme, wird zurückgewiesen.

Gründe: Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe des Neumark stellt den vorstehenden Antrag, weil der Deutsche Bauarbeiterverband, Zweigverein Landsberg a. W., den Abschluß eines Akkordtarifes verweigert. Aus den Gründen der Entscheidung 172 des Zentralschiedsgerichts kann der Arbeitgeberverband aber zum Abschluß eines Akkordtarifes nicht gezwungen werden, weil dieser nur zum Schutze der Arbeiter bestimmt ist. Die Pflicht zum Erscheinen zwecks Verhandlung über einen Akkordtarif hat der Arbeitgeberverband vor der Schlichtungskommission genügt. Ein nochmaliges Erscheinen vor der zweiten Instanz kann nicht gefordert werden. Daß die Akkordarbeit wenigstens in einzelnen Zweigen des Baugewerbes im Gebiete des Ortsverbandes üblich ist, wird von den Arbeitnehmern zugestanden. Hierüber bedarf es also keiner Verhandlung und keiner Entscheidung.

Rundschau.

Ueber den Arbeitsmarkt im September schreibt das Reichs-Arbeitsblatt: Nach den Berichten aus der Industrie hat sich die Lage des Arbeitsmarktes im September im allgemeinen gebessert. Auf dem Ruhrkohlenmarkt hat der stauende Geschäftsgang angehalten. In Oberschlesien besserte sich die Nachfrage nach Steinkohlen etwas, doch war die Verfrachtung wegen der schlechten Wasserverhältnisse ungenügend. Auch in Niederschlesien war der Kohlen- und Holzmarkt nicht auskömmlich. In der Textilindustrie lagen die Baumwollspinnereien über einen unregelmäßig verlaufenden Geschäftsgang; auch die Tuchfabriken sind nur vereinzelt betriebliegend beschäftigt. In der Spiritusindustrie war der Geschäftsgang schleppend. Flott beschäftigt war der Maschinenbau, die elektrische und die chemische Industrie; auch im Baugewerbe herrschte zumeist noch recht reges Leben. Beim Kalksteinmarkt wird der Geschäftsgang als lebhaft bezeichnet. In der Zugschiffahrt trat mit dem Beginn einer Besetzung ein. Nach den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungsgrad im September weiter zugenommen. Es ergab sich am 1. Oktober 1911 gegenüber dem 1. September eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der erwerbsunfähigen krank Gemeldeten von zusammen 71 013 (37 783 männliche und 33 230 weibliche). Gegenüber dem Vormonat ist der Beschäftigungsgrad der männlichen Personen gestiegen, nämlich sich wenn man den Bestand vom 1. Januar gleich Hundert setzt, von 108 auf 109; beim weiblichen Geschlechte stieg der Beschäftigungsgrad gegenüber dem August von 101 auf 103. Der Erlös aus dem Verkauf von Invalidenversicherungsmarkten betrug im abgelaufenen Vierteljahre 47 884 770 M gegen 46 548 290 M im zweiten Vierteljahre 1911 und 45 130 874 M im dritten Vierteljahre 1910. Ueber die Arbeitslosigkeit im September berichten 53 Fachverbände mit 1 977 851 Mitgliedern; von diesen waren Ende des Monats 1,7 v. H. arbeitslos; Ende August dieses Jahres und Ende September vorigen Jahres betrug die Arbeitslosenquote 1,8 v. H.; es ist also sowohl gegenüber dem Vorjahre wie gegenüber dem Vormonat eine Besserung zu verzeichnen. Im dritten Vierteljahre betrug der wirtschaftliche Umfang der Arbeitslosigkeit (Verhältnis der Arbeitslosenquote zu den Mitgliederzahlen) 1,1 v. H. gegen 1,2 v. H. des Vorjahres und 1,0 v. H. im Vorvierteljahre. Auch die Arbeitsnachweisziffern lassen, soweit sie männliche Arbeiter betreffen, eine Besserung gegenüber dem Vorjahre und dem Vormonat erkennen. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise für die vergleichbare Zahlen vorliegen, kamen im September 1911 auf je 100 offene Stellen bei männlichen Personen 133 Arbeitsgesuche gegen 145 im gleichen Monat des Vorjahres und 142 im Vormonat. Bei weiblichen Personen stellten sich die entsprechenden Ziffern auf 92, 87 bzw. 90. Auf dem Berliner Arbeitsmarkt hat der Beschäftigungsgrad gegenüber dem Vormonat und dem Vorjahre erheblich zugenommen. Auch in der Provinz Brandenburg hielt die befriedigende Lage, die der Arbeitsmarkt im Vormonat aufwies, im Berichtsmonat noch größtenteils an. In den Städten gestaltete sich die Tätigkeit teilweise recht günstig. In Schleswig-Holstein, Lübeck und Hamburg war die Gesamtzahl der Beschäftigung in Industrie und Gewerbe zufriedenstellend, teilweise besser als im Vormonat und im gleichen Monat des Vorjahres. An ungelassenen Arbeitsstellen war recht rege Nachfrage. In Gelsen, Helsen-Kassau und Walsch hielt der gute Beschäftigungsgrad in den meisten Industrien auch im Berichtsmonat weiter an. In Bayern, Barmen und Bielefeld blieb mit einigen Ausnahmen die Beschäftigung im allgemeinen recht günstig. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr bewährte Eisenbahnen betragen im September 167 963 829 M, das sind 15 095 605 M mehr als im gleichen Monat des Vorjahres; dies bedeutet eine Mehrernte von 250 M oder 8,48 v. H. auf einen Kilometer.

Der Wolf-Brand. Vor dem Duisburg-Türmter Schöffengericht spielte sich am 23. und 24. Oktober ein sensationeller und bedeutungsvoller Prozess ab. Angeklagt war der frühere christliche Gewerkschaftsbeamte Johannes Wolf, der nach seiner Entlassung aus den Diensten der christlichen Gewerkschaften eine Schmähschrift herausgegeben hatte, worin schwerwiegende Beschuldigungen und Behauptungen gegen die führenden Personen des Verbandes der christlichen Staats-, Gemeinde- und Betriebsarbeiter enthalten waren. Die Herren Oswald (erster Verbandsvorsitzender), Dremmel (weiterer Verbandsvorsitzender) und Carter (Kassierer) hatten hierauf gegen Wolf Klage erhoben. Das am 31. Oktober verkündete Urteil lautete dahin: Wolf wird zu 400 Mark Geldstrafe oder 40 Tagen Gefängnis verurteilt; ferner zur Tragung sämtlicher Kosten und Veröffentlichung des Urteils in folgenden Zeitungen: „Gewerkschafts-Zeitung“, „Proletarier“, „Mittelarbeiter“, „Vereinsorgan“, „Christliche Volkszeitung“, „Münchener Post“, „Bayerns Wochenblatt“, „Beobachter am Rhein“, „Freiwirtschaftliche Arbeiterzeitung“ und Einziehung der Druckplatten und Vernichtung der Platten.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperert sind: Düsseldorf, die Firma **Bensen** für Zimmerer-Vertia (Dachdecker) die Firma **Ullrich** aus Aderstr., Essen (Zielsenleger) Sperre über die **Essener Baumaterialien, Vertiebsgesellschaft** Lange u. Comp., Köln, für Plattenleger die **Zwischenmeister Ges. m. b. H.**, Düsseldorf (Streit der Maurer und Bauhilfsarbeiter), **Fischbach Pfalz** (Sperre über den dortigen Kircheneubau), **Quisburg**, Krefeld (Sperre über den dortigen Kircheneubau), **Gollanisch** (Sperre über Pöhllich) wegen Mafregelung, **Winkelshaven** (Sperre über Neubauten der Firma **Holzmann & Co.**) Zugang ist fernzuhalten.

Achtung! **Zielsenleger.** **Achtung!** **Dortmund.** Die **Zwischenmeister Diententhal-Dortmund, Sommerfeld-Homburg-Vorap, Kreuzkamp-Mecklunde** und **Johann Köhn-Dortmund** (früherer Vorsitzender der **Zahlstelle Dortmund** des freien **Zielsenlegerverbandes**) sind für alle **Zielsenleger** gesperrt. Arbeit wird den Kollegen auf dem **Bureau, Westerbachstraße Nr. 64**, nachgewiesen.

Bezirk Köln. **Elberfeld.** (Stuttgarter.) Zurzeit wird hier ein **Warenhaus** von der Firma **Lieh** errichtet. Die **Stutarbeiten** sind einer Firma aus **Düsseldorf** übertragen. Der **Düsseldorfer Vertrag** für das **Stuttgarter** sieht **Tagelohn** und **Alford** vor, wogegen im **Elberfeld-Barmen Vertrag** **Alford** ausgeschlossen ist. Die **Düsseldorfer Firma** ließ die **Arbeiten** hier im **Alford** ausführen, wogegen sich die **Filialen** uneres, wie die des „**freien**“ **Stuttgarterverbandes** wehren. In einer Reihe von **Schlichtungskommissionen** wurde über die **Angelegenheit** verhandelt, eine **Einigung** aber nicht erzielt. Die **Düsseldorfer Unternehmer** standen auf dem **Standpunkt**, daß sie mit ihrem **Vertrag** überall hingehen könnten und auch nur diesen zu **respektieren** hätten. Zum **Schluss** wurde ein **Schiedsgericht** eingesetzt aus den **Herrn**, die den **Schiedspruch** unterzeichnet haben, und diese **fällten** denn den **nachfolgenden** **Schiedspruch**:

„In **Sachen** **Anwendbarkeit** der **örtlichen Tarifarbeitsverträge** für das **Stuttgarter** Gewerbe in dem **Vertragsgebiet** **Elberfeld-Barmen** **Wohnort** einerseits und dem **Vertragsgebiet** **Düsseldorf** (Stadtteil und Landkreis) andererseits erging durch das von den **Vertragsparteien** dazu **berufene Schiedsgericht** folgender **Schiedspruch**:

1. Da für den **Neubau** in **Elberfeld** feste **Alfordarbeitsverträge** zwischen der Firma **Jacobs** und ihren **Arbeitsleuten** bestehen, die **Arbeiten** auch **nach** der **Vollendung** stehen, so wird von einer **anderweitigen** **Regelung** dieses **Falles** abgesehen.
2. Grundsätzlich wird die **Frage** der **auswärtigen** **Arbeiten** innerhalb des **Düsseldorfer** und des **Bergischen** **Vertragsgebietes**, wie folgt, **geregelt**:
 - a) Führt ein **Düsseldorfer** **Arbeitgeber** mit seinen **Arbeitsleuten** **Arbeiten** im **Bergischen** **Vertragsgebiet** aus, so fallen diese **Arbeiten** als **auswärtige** unter § 2 Abs. 4 des **Düsseldorfer** **Vertrages**.
 - b) Nimmt ein **Düsseldorfer** **Arbeitgeber** bei solchen **Arbeiten** **Arbeiter** an dem **Orte** der **Arbeitsstätte** an, so gilt für die mit diesen **Arbeitsleuten** zu **vereinbarenden** **Arbeitsbedingungen** der **Bergische** **Vertrag**.
 - c) Die unter a und b **getroffenen** **Bestimmungen** gelten **umgekehrt** für den **Fall**, daß ein **Arbeitgeber** aus dem **Bergischen** **Vertragsgebiet** **Arbeiten** im **Düsseldorfer** **Bezirk** **ausführen** läßt.

Gründe:
 Ueber **Punkt 1** herrscht **Einverständnis** unter den **Parteien**.
 Zu **Punkt 2a** ist **auszuschlagend**, daß **beide** **Verträge**, sowohl der **Düsseldorfer** wie der **Bergische**, eine **genaue** **Regelung** der **auswärtigen** **Arbeiten** vorsehen. Da die **einschlägigen** **Bestimmungen** eine **örtliche** **Begrenzung**, insbesondere auf das **Gebiet** des **gemeintlichen** **Vertragsgebietes**, nicht kennen, so kann es **keinem** **Zweifel** unterliegen, daß die unter 2a **aufgeführten** **Arbeiten** als **auswärtige** im **Sinne** des § 2 Abs. 4 des **Düsseldorfer** **Vertrages** **anzusehen** und **daher** diese **Bestimmungen** an und **für** sich **maßgebend** sind.

Zu **Punkt 2b** ist **bedeutend** anzugehen, daß es im **Interesse** der **beiderseitigen** **Vertragsparteien** liegt, daß die **tariflichen** **Bestimmungen** auch **frühe** in den **einzelnen** **Vertragsgebieten** zur **Durchführung** gelangen. Dieser **Grundsatz** hat zur **Folge**, daß, wenn ein **Arbeitgeber** **Arbeiter** an dem **Orte** der **Arbeitsausführung** **annimmt**, die an diesem **Orte** **geltenden** **tariflichen** **Bestimmungen** **eingehalten** werden **müssen**.

Es ist **nicht** zu **verkennen**, daß die **Möglichkeit** besteht, daß die **Beschäftigung** von **Arbeitsleuten** an **eine** und **demselben** **Bau** zu **verschiedenen** **Arbeitsbedingungen** zu **Schwierigkeiten** führen kann. Mit diesen **Schwierigkeiten** ist **aber** zu **rechnen**, solange die in **Frage** **kommenden** **Verträge** **bestehen** und eine **Änderung**, zu der das **Schiedsgericht** sich **nicht** für **befugt** hält, von den **Parteien** **nicht** **vorgenommen** ist. Im **übrigen** ist es **Sache** der **Arbeitgeber**, die **Schwierigkeiten** **vielleicht** **dadurch** zu **überwinden**, daß sie **nur** **Arbeiter** **einstellen**, die **nach** **obigen** **Bestimmungen** unter **denselben** **Tarifvertrag** **fallen**.

Es ist **selbstverständlich**, daß **für** den **ungetroffenen** **Fall** unter 2c die **gleichen** **Bestimmungen** **maß** **greifen**.
 Barmen, den 23. Oktober 1911.
 gez.: Hartmann, **Sodwer. Rath.**

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir **machen** die **Kollegen** in **ihrem** **eigenen** **Interesse** **darauf** **aufmerksam**, **daß** **am** **Samstag**, **den** **12. November**, **der** **stedenunddreißigste** **Wochenbeitrag** **fällig** **ist**.

Bodum. Für die **Mitglieder** in **Höbel** wurde am 29. Oktober eine **Versammlung** **abgehalten**. Neben **einigen** **Kollegen** aus **Bodum** waren die **Höbeler** **Kollegen** **fast** **vollständig** **erschienen**. Zum **Vertrauensmann** wurde **einstimmig** **Kollege** **Gerrit Wesselsmann** **gewählt**, welcher das **Amt** **gerne** **annahm** und **versprach**, **nach** **Kräften** zu **arbeiten**, **damit** die **Zahl** der **Mitglieder** **sich** **verdreifache**. **Darauf** **gab** **Kollege** **Bücher** den **Bericht** vom **Verbandsstage**, **welchen** die **Kollegen** **mit** **Spannung** **verfolgten** und **mit** **Beifall** **ausnahmen**. **Nachdem** **noch** **über** die **bevorstehende** **Wahl** zur **Bauinnungs-Krankenkasse** **gesprochen** **war** und zur **aufrichtigen** **Kräftigen** **Agitation** **aufgefordert** **wurde**, **gab** **die** **anregend** **verlaufene** **Versammlung** **ihren** **Schluss**. — **Kollegen** **von** **Höbel!** **Wir** **liegen** **es** **nur**, **die** **Zahl** **unserer** **Mitglieder** **zu** **vermehrten**. **Helfen** **Wir** **alle** **mit** **in** **der** **Agitation**. **Der** **letzte** **Kollege** **des** **Baugewerbes** **muß** **in** **unsere** **Organisation**. **Darum** **allseitige** **Mitarbeit** **wird** **den** **Erfolg** **bringen**.

Dachdecker. Ein **typisches** **Beispiel** dafür, daß **überall** **ort**, wo **keine** **gewerkschaftliche** **Organisation** **vorhanden** **ist**, die **Arbeiter** **wirtschaftlich** **geschädigt** **sind**, **zeigt** **sich** **im** **Dachdecker** **gewerbe** **zu** **Düren**. Während die **Maurer** und **Hilfsarbeiter**

durch die **allerdings** **sehr** **schwach** **organisierten** **Kollegen** den **Lohn** **etwasmäßig** **steigern** **konnten**, **ist** **der** **Lohn** **der** **Dachdecker** **so** **niedrig**, **daß** **er** **hinter** **dem** **unorganisierten** **Hilfsarbeiter** **hinter** **geblieben** **ist**. Die **Dachdecker** **haben** **dennoch** **einige** **Ergebnisse** **am** **verletzten** **Ende** **geplant** **ist**, **wenn** **man** **glaubt**, **die** **Verträge** **zum** **Verbanne** **sparen** **zu** **helfen**. Mehrere **Kollegen** **haben** **sich** **in** **engerer** **Besprechung** **zusammengefunden** **und** **den** **Schluss** **gefaßt**, **eine** **Sektion** **des** **Dachdecker** **des** **Zentralverbandes** **christlicher** **Bauarbeiter** **Deutschlands** **zu** **gründen**. Es **wurden** **mehrere** **Versammlungen**, **an** **denen** **der** **Bezirksleiter** **des** **Zentralverbandes** **Kollege** **Lange** **aus** **Köln** **teilnahm**, **abgehalten**. **Da** **der** **Dachdeckerberuf** **aufser** **in** **Düren**, **auch** **in** **Nachen**, **Stollberg**, **Eichweiler** **u. s. w.** **sehr** **deutlich** **besteht** **und** **in** **diesen** **Orten** **viele** **Dachdecker** **von** **Gey**, **Großhan** **und** **Clay** **arbeiten**, **wurde** **am** **Samstag**, **den** **29. Oktober**, **in** **Gey** **eine** **Versammlung** **abgehalten**, **in** **der** **der** **Kollege** **Beder** **aus** **Köln** **das** **Respect** **hieß**. **Alle** **Erschienenen** **traten** **dem** **Verbanne** **bei**. **Die** **Sektion** **zählt** **jetzt** **schon** **40** **Mitglieder**. **Hoffentlich** **gelingt** **es**, **alle** **Kollegen** **von** **der** **Organisationsnotwendigkeit** **zu** **überzeugen**. **Es** **ist** **dann** **ein** **leichtes**, **auch** **im** **Dachdecker** **gewerbe** **tariflich** **geregelte** **Lohn- und** **Arbeitsverhältnisse** **zu** **schaffen**. **Je** **schleuniger** **es** **möglich** **ist**, **die** **Kollegen** **zu** **gewinnen**, **desto** **früher** **wird** **das** **Ziel** **erreicht**. **Der** **Zentralverband** **christlicher** **Bauarbeiter** **Deutschlands** **ist** **eine** **Organisation**, **der** **je** **der** **Dachdecker** **als** **Mitglied** **angehören** **kann**, **ohne** **daß** **seine** **religiöse** **oder** **politische** **Überzeugung** **verletzt** **wird**. **Hier** **ist** **auch** **die** **Gewähr** **gegeben**, **daß** **volle** **Einigkeit** **vorherrschend** **sein**, **da** **die** **Organisation**, **im** **Verzuge** **zu** **dem** **sozialdemokratischen** **Dachdecker** **Verbanne**, **auf** **neutralem** **Boden** **steht**. **Dann** **aber** **bietet** **der** **Zentralverband** **christlicher** **Bauarbeiter** **Deutschlands** **insofern** **wichtigen** **Schutz**, **als** **er** **eine** **Mitgliederzahl** **von** **über** **41.000** **zählt** **und** **gutes** **Vermögen** **besitzt**. **Es** **liegt** **also** **nur** **an** **uns** **Dachdeckern** **allein**, **uns** **mit** **Hilfe** **der** **Organisation** **emporzuschwingen**. **Die** **Voraussetzung** **ist** **durch** **die** **gegründete** **Sektion** **des** **Dachdecker** **in** **Düren** **gegeben**.

Samn, Westf. Am 29. Oktober fand unsere **Verwaltungsstellenkonferenz** **statt**. **Alle** **Zahlstellen**, **mit** **Ausnahme** **Marx**, **waren** **vertreten**. **Der** **Rassenbericht** **des** **3. Quartals**, **welcher** **von** **Kollegen** **Bücher** **gegeben** **wurde**, **lautet**: **Einnahme** **und** **Ausgabe** **für** **die** **Hauptkasse** **3832,53** **M.** **Unter** **Ausgabe** **war** **in** **8** **Fällen** **89** **1/2** **Krankenunterstützung**. **Die** **Einnahme** **der** **Verwaltungsstelle** **betrug** **5031,74** **M.** **Die** **Ausgabe** **1291,41** **M.** **Somit** **verbleibt** **ein** **Kassenbestand** **von** **3740,33** **M.** **Zugewonnen** **wurden** **104** **Mitglieder**. **Die** **Zahl** **derselben** **betragt** **557**. **Nach** **dem** **Bericht** **der** **Revisoren** **wurde** **dem** **Kassierer** **Entlastung** **erteilt**. **Ermuntert** **durch** **die** **Erfolge** **der** **Frühjahrsagitation** **wurde** **beschlossen**, **in** **allen** **Zahlstellen** **eine** **Sausagitation** **vorzunehmen**, **welche** **auch** **den** **Winter** **durch**, **wenn** **notwendig**, **fortgesetzt** **werden** **soil**. **Alle** **Kollegen** **werden** **freundlich** **gebeten** **mitzuhelfen**. **Ebenso** **wurde** **die** **Agitation** **auf** **der** **Baustelle** **als** **notwendig** **bezeichnet**. **Es** **dürfte** **keine** **Baustelle** **mehr** **vorhanden** **sein**, **wo** **nicht** **ein** **Bauarbeiter** **gewählt** **ist**. **Im** **Gegensatz** **der** **bestehenden** **Wahl** **der** **Bauinnungs-Krankenkasse** **wurde** **empfohlen**, **daß** **die** **Zahlstellen** **vorstände** **neben** **der** **Agitation** **auch**, **eine** **Kontrolle** **am** **Wahltag** **ausüben** **müssen**, **damit** **die** **ihre** **Wahlrecht** **nicht** **ausübenden** **auf** **ihre** **Stelle** **aufmerksam** **gemacht** **werden**. **Die** **Frühwahl** **ist** **jetzt** **eingesetzt** **und** **ist** **das** **Wahlgehen** **erleichtert**. **Auch** **wurde** **beschlossen**, **einen** **Anteil** **an** **den** **Krankenkassen** **vorstand** **(welcher** **aus** **laurer**, **„Genossen“** **besteht)** **zu** **stellen**, **eine** **strengere** **Kontrolle** **bei** **der** **Wahlhandlung** **durch** **Auffstellung** **einer** **Wählerliste** **zu** **handhaben**. **Bestrebt** **der** **Winterbeiträge** **wurde** **einstimmig** **beschlossen**, **daß** **jedes** **Mitglied** **2,40** **M** **zu** **zahlen** **habe**. **Die** **welche** **abreisen**, **haben** **vor** **der** **Abreise** **mindestens** **1,20** **M** **zu** **entrichten**. **Der** **Anteil** **der** **Zahlstellen** **von** **den** **Winterbeiträgen** **wurde** **auf** **20** **Proz.** **festgesetzt**. **Zum** **zweiten** **Vorsitzenden** **wurde** **Kollege** **Heintz** **Lohmann** **gewählt**. **Mit** **dem** **Dank** **an** **die** **Belegierten** **für** **ihre** **Erscheinen** **und** **der** **Bitte**, **nummehr** **regt** **zu** **arbeiten** **in** **der** **kommenden** **Winterzeit**, **schloß** **der** **Vorsitzende** **Kollege** **Rink** **die** **Versammlung**.

Samn, Westf. (Maurer und Hilfsarbeiter). Eine **außerordentliche** **Generalversammlung** **unserer** **Zahlstelle** **fand** **am** **28. Okt.** **statt**. **Dieselbe** **war** **schlecht** **besucht**, **trotzdem** **alle** **Mitglieder** **eine** **schriftliche** **Einladung** **erhalten** **hatten**. **Der** **Vorsitzende**, **Kollege** **Claus**, **legte** **den** **Zweck** **der** **Einberufung** **der** **Versammlung** **klar** **und** **betonte**, **daß** **es** **ihm** **infolge** **seiner** **neuen** **Berufstätigkeit** **nicht** **mehr** **möglich** **sei**, **die** **Zurechnen** **der** **Zahlstelle** **wie** **bisher** **wahrzunehmen**. **Er** **bat**, **ihn** **von** **seiner** **Posten** **zu** **entbinden**. **Die** **nummehr** **getätigte** **Ergänzungswahl** **ergab** **folgendes**: **Es** **wurde** **einstimmig** **gewählt** **zum** **1. Vorsitzenden** **Herr** **Heuser**, **als** **2. Vors.** **Herrmann** **Wastert**, **als** **1. Schriftführer** **Herr** **Wilmann**, **als** **2. Schriftf.** **Herr** **Schumacher**. **Als** **2. Kassierer** **Wolfs** **Truffe**. **Als** **Parteilobgezielte** **wurden** **die** **Kollegen** **Herr** **Heuser**, **Herr** **Hollenhorst** **und** **Herr** **Bücher** **gewählt**. **Wann** **wurde** **über** **die** **bevorstehende** **Wahl** **zur** **Bauinnungs-Krankenkasse** **gesprochen** **und** **interessante** **Mitteilungen** **gemacht**. **Es** **wurde** **die** **hoffnung** **ausgesprochen**, **daß** **jeder** **Wahlberechtigte** **sein** **Wahlrecht** **ausübe**, **damit** **alles** **gegan** **werde**, **daß** **die** **Wahl** **zu** **unseren** **Gunsten** **ausfalle**. **Es** **wurde** **mitgeteilt**, **daß** **man** **nimmehr** **auch** **für** **die** **Plattenleger** **von** **Barmen** **ein** **Tarif** **abgeschlossen** **sei**, **der** **die** **Regelung** **im** **Plattenlegerberuf** **herbeiführt**. **Alle** **Kollegen**, **welche** **zu** **Plattenarbeiten** **bestimmt** **werden**, **sind** **verpflichtet**, **sich** **nach** **diesem** **Tarif** **zu** **richten**. **Die** **gedruckten** **Verträge** **sind** **auf** **der** **Geschäftsstelle** **zu** **haben**. **Kollegen** **noch** **auf** **den** **bevorstehenden** **neuergerichteten** **Unterrichtskursus**, **der** **am** **1. Nov.** **beginnt** **und** **jeden** **Mittwoch**, **abends** **8 1/2** **Uhr**, **bei** **Heilfeld** **stattfindet**, **aufmerksam** **gemacht** **worden** **was**, **fand** **die** **Versammlung** **ihren** **Schluss**.

Hilden. (Rügel statt verdienten Lohn.) Unser **Kollege** **Friedrich** **Wittge** (Zimmerer) **hatte** **mit** **dem** „**Genossen**“ **Rud.** **Bestmaier** **bei** **der** **Firma** **Klein** **Affordarbeiten** **ausgeführt**, **da** **dem** „**Genossen**“ **das** **Geld** **zur** **Ausführung** **übergeben** **war**, **so** **zahlte** **er** **an** **Wittge** **4,16** **M** **für** **geleistete** **Affordarbeit** **zu** **wenig**. **Nachdem** **unser** **Kollege** **von** **der** **Firma** **davon** **Kenntnis** **erhalten** **hatte**, **stellte** **er** **den** „**Genossen**“ **am** **28. Oktober** **zur** **Rede**. **Dieser**, **sichtlich** **erregt** **darüber**, **daß** **man** **von** **einem** „**Genossen**“ **Christlichkeit** **verlangen** **könnte**, **trieb** **zunächst** **den** **Wittge** **vor** **die** **Wand**, **daß** **er** **rückwärts** **auf** **die** **Strasse** **stürzte**. **Als** **sich** **der** **Kollege** **dies** **verbat**, **versuchte** **ein** **zweiter** „**Genosse**“ **sich** **ebenfalls** **in** **der** „**Gründerlichkeit**“ **zu** **bekäufeln** **und** **schlug** **dem** **Kollegen** **mehrere** **Male** **ins** **Gesicht**. **Nach** **dieser** **Geldentat** **verduffelten** **sich** **die** „**Genossen**“. **Ueber** **den** **Fall** **ist** **Anzeige** **erstattet**.

Kemmerich. Am 21. Oktober hielt unsere **Zahlstelle** **eine** **gut** **besuchte** **Versammlung** **ab**. **Bezirksleiter** **Kollege** **Lang** **erhielt** **den** **Bericht** **über** **die** **München** **Generalversammlung**. **Der** **Ergebnisbericht** **des** **Zentralverbandes**, **der** **Redner** **ausführlich** **schilderte**, **wurde** **mit** **großem** **Interesse** **verfolgt**. **Der** **Bericht** **sowie** **die** **Beschlüsse** **und** **Renovierungen**, **die** **der** **Verbandsstag** **beschlossen**, **finden** **allgemeinen** **Beifall**. **Der** **Vorsitzende**, **Kollege** **Diel**, **hob** **das** **Besondere** **heraus**, **indem** **er** **darauf** **hinwies**, **daß** **die** **Beschlüsse** **über** **die** **jungen** **Mitglieder** — **die** **Militära** **unterstützung** **sowie** **die** **Klassen** **unterstützung** **bei** **den** **Unterstützungen** — **zweifellos** **zur** **Stärkung** **der** **Organisation** **beitragen** **würden**. **Das**, **was** **die** **Kemmericher** **Kollegen** **vom** **Verbandsstag** **erwartet** **haben**,

Abgaben statt. Kollege Vänge wies auf die Mühseligkeit des Vorstandes hin und dankte ihm für das umsichtige Arbeiten. Da ein Revisor abgereicht war, wurde Kollege Pet. Krümer als Revisor gewählt. Der Vorsitzende, Kollege Dietl, wies dann noch darauf hin, daß auch eine Section der Zimmerer gegründet sei, und ersuchte die Anwesenden, die junge Section durch Agitation auf den Arbeitsstellen zu unterstützen. Darauf erfolgte Schluß der anregend verlaufenen Versammlung.

Norden. Die Wahl der Gruppenvertreter in die hiesige Ortsantenne fand demnach statt. Und zwar wählen die Mitglieder der Gruppe I und II am Freitag, den 16. November, die Mitglieder der Gruppe III Sonnabend, den 17. November. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. — Es gilt am Tage der Wahl mit vereinten Kräften für unsere Sache einzutreten, deshalb, Kameraden, vor die Front.

Mitteln, 29. Oktober. Auf Anregung des Kollegen Gammel lud Kollege Beyer die Mitglieder von Mitteln zu einer Besprechung zwecks Gründung einer Zählstelle ein. Sämtliche Kollegen waren erschienen, auch ein Unorganisirter, welcher sich aufnehmen ließ. Kollege Gammel gab einen Überblick über die Jahre 1905 bis heute und beleuchtete besonders das Kampfsjahr 1910. Er betonte, daß versucht wurde, Bonn aus dem Larze auszuschnitten, und zwar wegen der schlechten Organisationsverhältnisse, die hier herrschten. Den Bemühungen der Bezirksleitung ist es zu verdanken, daß dies Verlangen fallen gelassen wurde. Ein Kollege teilte mit, daß sein Unternehmer, welcher dem Unternehmerverbande angehört, den Lohn um 2 Pf. drückte. Kollege Beyer übernahm die Regelung mit dem betreffenden Unternehmer. Sollte er den Lohn nicht bezahlen, so soll die Schlichtungskommission angerufen werden. Aus der Vorstandswahl gingen folgende Kollegen hervor: Nikola Schumann als Vorsitzender, Jos. Schiffer als Kassierer, Christ. Schumann als Schriftführer. Die Kollegen nahmen die Wahl dankend an und versprachen, bestrebt zu sein, den Verband weiter auszubauen. Kollege Beyer wies noch auf die Neuordnung des Statuts hin und schloß mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften die Versammlung.

Soziale Rechtsprechung.

Dortmund. Ein beachtenswertes Gewerbeurteil fällt das Dortmunder Gewerbegericht am 2. Oktober. Der Maurer Bräuer klagte gegen den Bauunternehmer Köllke und verlangte noch einen Lohn von 5,90 M. Kläger war von dem Beklagten wegen Arbeitsmangel gekündigt worden. Am letzten Arbeitstage fragte der Kollege den Polier, ob das Werk und die Papiere nach der Baustelle gebracht würden. Dies wurde verneint. Als der Kollege nun 1/2 Stunde früher freitretend machen wollte, um die Papiere zu holen, wurde ihm erklärt, daß diese halbe Stunde abgezogen würde. Der Unternehmer berief sich auf den Tarif, nach dem die Papiere während der Geschäftsstunden und spätestens am folgenden Tage übergeben werden müssen. Kollege Petri, der den Kläger vertrat, wandte ein, diese Bestimmung sei nur als Ausnahmefall gedacht, wenn auswärtige Baustellen, die weiter abliegen, in Betracht kommen. Dies sei ausdrücklich bei den Verhandlungen betont worden. Unter keinen Umständen sei sie für den Regelfall gedacht, weil es ausdrücklich heißt „spätestens“. Das Gericht wies die Klage ab, da der Unternehmer nach dem Wortlaut des Tarifs ein Recht habe, die Papiere erst am Tage nach der Entlassung zu veranlassen. Der Vorsitzende bemerkte, diese Bestimmung könne den Arbeiter schädigen, und vielleicht gebe dieser Fall Veranlassung, den Tarif nach dieser Richtung hin zu revidieren. — Die Schlichtungskommission und das Einigungsamt werden sich in nächster Zeit mit dieser Frage beschäftigen müssen.

Ein Arbeitgeber verpflichtet, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen, wenn er nicht Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist. Diese Frage war Gegenstand einer am 13. September stattgefundenen Verhandlung am Gewerbegericht zu Alenkein. Dem Sachverhalt lag folgender Tatbestand zugrunde: „Der Maurer E. trat bei der Firma B. u. L. in Arbeit. Nach fünf Tagen nahm er seine Entlassung. Bei der Lohnzahlung weigerte sich die betreffende Firma, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen und zahlte 10 Pf. unter Tarif. Daraufhin reichte der in Betracht kommende Maurer Klage ein beim Gewerbegericht auf Zahlung des tarifmäßigen Lohnes.“ Bei der Verhandlung begründete die Firma ihr Verhalten damit, daß sie nicht Mitglied des Arbeitgeberverbandes sei, somit auch kein Tarifvertragspartei; daher sei sie auch nicht an die tariflichen Bestimmungen gebunden. Außerdem sei Kläger nicht „tauglich“, und zudem sei sie noch geschädigt worden dadurch, daß der Kläger ohne Kündigung gegangen sei. Der Vertreter des Klägers machte geltend, daß laut Vertrag unorganisierte Arbeiter, wenn sie organisierte Arbeiter beschäftigen, unter den Vertrag fallen. Das Gewerbegericht trat zwar dieser Bestimmung nicht bei, verurteilte aber doch die Firma zur Zahlung des tarifmäßigen Lohnes, weil Tariflohn hier ortsbüchlich sei. Wenn Kläger nicht tauglich sei, was aber Beklagte nicht bestritten habe, so sei die Beklagte verpflichtet, vorher einen anderen Lohn mit Kläger zu vereinbaren, anderenfalls sei eben ortsbüchlicher Tagelohn, und das ist hier Tariflohn, zu zahlen. Gleichzeitig mit diesem stand ein anderer Fall zur Verhandlung. Der Maurer E. klagte gegen den Bauunternehmer F. auf Zahlung von 10 M. Lohn. Der Beklagte wandte ein, daß ihm Kläger noch 12 M. Kopfgeld schulde. Das Gewerbegericht hielt jedoch eine Gegenseitigung für unzulässig und verurteilte den Beklagten, den Lohn von 10 M. zu zahlen.

Von den Arbeitsstellen.

München. Am 25. Oktober, nachmittags 4 Uhr, verlegte der Kollege Jos. Schöner am Neubau Königs beim Tragen eines schweren Trägers. Der Unfall passierte beim Abheben des Trägers. Eine schwere Kopfverletzung und Querschnitt einer Rippe trat ein. Die Verletzung wurde als gefährlich bezeichnet und es wurde ein Krankenschiff bestellt.

Wetzlar. Am Neubau Südwest nach am Montag, den 20. Oktober, das Fundament zu legen, und während die vier dort beschäftigten Kollegen in die Tiefe. Drei davon kamen mit voller Heftigkeit, der Kollege Beyer erlitt einen Beinbruch. Er wurde in das Marienhospital nach Durr gebracht.

Siegen. Ein schwerer Unfallsfall ereignete sich, wie wir den „Siegener Anzeiger“ entnehmen, am Samstag, den 17. Oktober. Drei Uhr nach 4 Uhr plötzlich mit großer Heftigkeit ein Teil des Bauwerks stürzte weg, 9 in sich zusammen. Die auf der Baustelle beschäftigten Arbeiter wurden mit dem ganzen Gewicht des Bauwerks auf sie getroffen, ein Teil wurde durch den Zusammenstoß der Trümmern tödlich und wurde sich nach Abgang eines Augen Auges. Die Baustelle ist polizeilich gesperrt. Die Leiche ist in der Wohnung begraben. Die Straße vor dem Hause hat dort die Baustellensperre. Die Leiche ist in der Wohnung begraben. Die Straße vor dem Hause hat dort die Baustellensperre. Die Leiche ist in der Wohnung begraben. Die Straße vor dem Hause hat dort die Baustellensperre.

übrig bleibenden Baustellen dürften bis zum nächsten Jahre modernen Wohnbauten Platz gemacht haben. Der Baugrund am Südwest ist kein Ideal. Unter der Grundfläche lagert eine moarstige Torfschicht und bei Bauten mußte hier bei der Fundamentierung besondere Sorgfalt angewandt werden. So auch bei dem Neubau Nr. 9. Um ein sicheres Fundament für den Bau zu erhalten, war man genötigt, bis zu ca. 6 Meter in das Erdreich hinabzugehen. Hier stieg man auf eine sehr steinige und feste Kieschicht, auf die die Fundamente gesetzt wurden. Die Fundamentierung besteht aus einer großen Zahl von Eisenbetonpfählen und auf diesen ist das Bauwerk errichtet. Das Haus selbst ist ein Zweistöckiger mit ausgebautem Dachgeschoss und wurde am letzten Sonnabend gerichtet. Der Einzug trat ganz plötzlich ein, als die Arbeiter im Innern des Hauses beschäftigt waren. Die linke vordere Hälfte des Neubaus vom Dachstuhl bis zu den Fundamenten ist ein Trümmerhaufen. Das Gebälk wurde durch die Wucht des Sturzes mitgerissen und bedeckt in wüstem Durcheinander den Erdboden. Wie der Unfall eigentlich eingetreten ist und welcher Teil beim Bau zuerst nachgegeben hat, darüber ließen sich bis heute sichere Feststellungen nicht machen. Ebenso ist die Ursache des Zusammensturzes noch nicht geklärt. Von den amtlichen Instanzen ist eine genaue Untersuchung eingeleitet, deren Resultat abgewartet werden muß. Die Aufräumungsarbeiten, die zum Zweck der näheren Untersuchung vorgenommen werden müssen, können in Anbetracht einer weiteren Einsturzgefahr nur mit größter Vorsicht bewerkstelligt werden und dürften unter Umständen längere Zeit in Anspruch nehmen. Bauherr des betreffenden Grundstücks ist Herr Bauunternehmer Hoffmann, während die Bauleitung Herr Baugewerksmeister Ghm unterstand.

Dortmund, 2. November. In letzter Zeit nehmen die Unfälle sehr überhand. Erst in der letzten Nummer der „Baugewerkschaft“ mußten wir über einen schweren Unfall in Gombroch-Berich berichten, heute müssen wir schon wieder zwei schwere Unfälle bekanntgeben. Die Firma Schlüter-Dortmund führt auf dem Eisen- und Stahlwerk „Union“ Neubauten aus. Am 24. Oktober stürzte unser Kollege, der Maurer Anton Köllke, und der Arbeiter August Wessel von einem 10 Meter hohen Gerüst in die Tiefe und zogen sich außer anderen Verletzungen eine schwere Rückenverletzung und Kopfverletzung zu. Es soll an Schutzhelm, sowie überhaupt an Abdeckung gefehlt haben. Der am 7. Oktober bei einem Umbau verunglückte Kollege Böllinger hat beide Beine gebrochen. Die Kniegelenke des rechten Beines mußte wegen Zerschütterung entfernt werden, und so wird der Behauerworte wohl ein festes Bein bekommen und kann seiner Berufsarbeit wieder nachgehen können. Diese schweren Unfälle sollten doch eine Mahnung für unsere Kollegen sein, mehr für Schutz für Leben und Gesundheit einzutreten. Dieses kann nur geschehen, wenn überall ein baudelegierter Vorhanden ist, der die Bauleitung auf die bestehenden Risiken aufmerksam macht und dafür sorgt, daß Abhilfe geschaffen wird, wenn nicht anders, so durch die Verbandsleitung.

Ein furchtbares Baunglück ereignete sich in Nogent-sur-Seine in Frankreich. Eine im Rohbau in Beton hergestellte Mauer brach plötzlich total in sich zusammen, über 40 Arbeiter unter sich begrabend. Die Aufräumungsarbeiten gehen nur sehr langsam vor sich, was durch die Drahtgeflechte des Betons erklärlich wird. Bisher wurden zehn Leichen unter den Trümmern hervorgeholt, darunter der deutsche Monteur Haas. 31 liegen noch unter den Trümmern, von denen man annimmt, daß sie ebenfalls tot sind. Unter den Schwerverletzten befindet sich noch ein 19jähriger Deutscher, Otto Reinhold aus Gramschweig. Die Mehrzahl der Verunglückten sind Italiener. Die Unglücksfälle beim Betonbau fangen an, sich in unheimlicher Weise zu vermehren.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

1. Betreffend Broschüren.

Der Vortrag des Herrn Dr. Sonnenschein auf der Münchener Generalversammlung über „Die Notwendigkeit der geistigen Bildung“ ist nunmehr im Druck erschienen. Ein Exemplar dieser Broschüre kostet für Mitglieder christlicher Verbände 5 Pf.

Auch der Vortrag des Herrn Referendar Köhr über „Die rechtliche Stellung der Tarifverträge“ liegt nunmehr im Druck vor und kostet ein Exemplar dieser Broschüre (30 Seiten stark) 10 Pf. Wir ersuchen die Verwaltungsstellenverbände, den Vertrieb dieser Broschüren unverzüglich in die Hand zu nehmen. Bestellungen sind an den Zentralvorstand in Berlin, Mühlendammstraße 60, zu richten. Der Versand erfolgt für Nachnahme. Die Mitglieder werden gebeten, in ihrem eigenen Interesse (zu ihrer Weiterbildung) die Broschüren nicht nur zu kaufen, sondern auch zu lesen und zu studieren. Der Preis ist so niedrig, daß jedes Mitglied von diesem Bildungsmittel Gebrauch machen kann.

2. Betreffend neue Mitgliedsbücher.

Im nächsten Jahre erhalten alle Verbandsmitglieder, mit Ausnahme derjenigen, die im Jahre 1911 beigetreten sind, und derjenigen, die noch keine Erinnerungsmarke für ihre Mitgliedschaft bei der Ausprägung im Jahre 1910 erworben haben, neue Mitgliedsbücher. Die Ausfertigung derselben erfolgt im Zentralbüro des Verbandes. Am 2. Dezember ist für dieses Jahr der letzte Wochenbeitrag für die Zentralkasse fällig. Die Verwaltungsstellenverbände werden schon jetzt ersucht, an diesem Datum mit der Einzahlung der Mitgliedsbeiträge einzufachen, welche die Erinnerungsmarke von 1910 und die Schlagmarke 1911 enthalten. Es müssen also die lokalen, wie zentralen Beitragspflichten bis dato erfüllt sein.

Damit die Mitglieder sich auch nach Abgabe der bisherigen Mitgliedsausweise als Verbandskollegen legitimieren können, sind ihnen seitens der Verwaltungsstellenverbände provisorische Mitgliedskarten auszustellen. Letztere werden den Verbänden rechtzeitig zugesandt.

Die neuen Mitgliedsbücher werden den Mitgliedern mündlich überreicht, dazu passende Entlohnungen sind mit 15 Pf. pro Stück zu bezahlen. Laut Beschluß der Münchener Generalversammlung ist jedes Mitglied verpflichtet, ein dem Verband zu entnehmen. Den Verwaltungsstellen wird pro Buch ein Exemplar zugesandt, und haben diese für Einzahlung des entsprechenden Betrages aufzukommen.

3. Betreffend Schlagmarke.

Bislang erhielt jedes Mitglied, welches seine Verpflichtungen im Laufe eines Jahres erfüllt hatte, in sein Mitgliedsbuch einen Stempel „Verpflichtungen erfüllt“. Die 8. Generalversammlung in München hat nun beschlossen, daß dieser Stempel durch eine Marke ersetzt werden soll. Diese Marke soll bereits für dies Jahr verwendet werden. Alle Mitglieder, die ihren Verpflichtungen dem Verband gegenüber nachgekommen sind, wird diese Marke unentgeltlich verabfolgt. Die Mitglieder seien daher schon jetzt darauf hingewiesen, da allen, die nicht im Besitze der Schlagmarke sind, Unterstützungsbeiträge zurückgewiesen werden müssen. Die Kollegen wollen daher ihre Beiträge pünktlich entrichten.

4. Betreffend Quittungsmarken.

Die Kassierer der Verwaltungs- und Zählstellen wollen wir darauf hinweisen, daß für das nächste Jahr wieder eine andere Marktenfarbe eingeführt wird und die Bestände der diesjährigen Marken mit der Abrechnung des vierten Vierteljahres eingekandt werden müssen. Wir ersuchen daher, die Markenbestellungen schon jetzt danach einzurichten, damit nicht zu große Bestände zurückgesandt zu werden brauchen.

5. Betreffend Krankenunterstützung.

Auf Grund des von der Münchener Generalversammlung beschlossenen Statuts, das am 1. Januar 1912 in Kraft tritt, wird die Krankenunterstützung in Zukunft das ganze Jahr hindurch auf die Dauer von 12 Wochen gezahlt. Die achtstägige Karenzzeit bleibt bestehen.

Es erhalten demnach alle Mitglieder, welche mindestens 80 Wochenbeiträge geleistet haben, zwei Jahre dem Verbande angehören und ihren sonstigen Pflichten nachgekommen sind, im Falle einer Krankheit auch in den Monaten Januar und Februar Krankenunterstützung. Für den Monat Dezember 1911 wird Krankenunterstützung nicht gewährt, da das neue Statut erst am 1. Januar 1912 in Kraft tritt. Die erkrankten, bezugsberechtigten Mitglieder haben, ganz gleich ob die Krankheit 1911 oder später beginnt, vom 1. Januar 1912 ab eine achtstägige Karenzzeit zurückzulegen.

Die Verwaltungsstellenverbände werden ersucht, in der Abrechnung für das vierte Quartal 1911 alle für 1911 gezahlten Krankenunterstützungen zu verrechnen und die betreffenden Quittungsscheine mit dieser Abrechnung einzusenden, auch für die Mitglieder, die über den 30. November 1911 hinaus erkrankt bleiben. Für 1912 gibt es neue Formulare.

Der Zentralvorstand.

J. A. Jos. Wiedeberg.

Zur Beachtung.

Um bei der demnächst beginnenden Einzahlung der alten Mitgliedsbücher, zwecks Ausstellung der neuen Mitgliedsbücher, unliebsame Strafportos zu vermeiden, andererseits aber auch die vorgeschriebenen Gewichtstagen auszunutzen, wollen die Vorstandsmitglieder, im besonderen die Kassierer, folgendes beachten.

Als Geschäftspapiere

können in einem offenen Kuvert oder offener Umhüllung versandt werden:

5 Stück für 10 Pf.
10 „ „ 20 „
20 „ „ 30 „

Die Sendungen als Geschäftspapiere sind mit leicht zu öffnender Klammer oder dünnem Bindfaden zu verschließen. Letzterer darf jedoch nicht verknüpft werden, sondern muß mit einer leicht aufzugehenden, sogenannten Schleife versehen sein. Briefliche Mitteilungen dürfen den Sendungen nicht beigelegt sein.

In Paketen

können 120 Stück für 50 Pf. geschickt werden. Bei einem Uebergewicht von einem Kilo können 140 Stück, je nach Entfernung, im Höchstfalle 80 Pf. kosten.

Handelt es sich um mehr als 140 Bücher, so empfiehlt es sich, zwei oder mehr Sendungen zu machen.

Mitgliedskarten wiegen 3 Stück so schwer wie ein Mitgliedsbuch.

Aufforderung.

Wer die Adresse des Maurers Julius Dewenter aus Jakobsburg kennt, wird gebeten, dieselbe sofort dem Verwaltungsstellenkassierer Jos. Wäcker, Gamm (Weiß), Friedstraße 94, mitzuteilen.

Aufforderung.

Wer den Aufenthalt des Kollegen Joseph Lüdde, geboren am 5. April 1879 zu Daseburg, Buch-Nr. 191780, kennt, wird ersucht, dessen Adresse dem Verwaltungsstellenkassierer Joseph Jacob in Warburg, an der Burg Nr. 10, mitzuteilen. Derselbe wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen der Verwaltungsstelle Warburg gegenüber nachzukommen.

Aufforderung.

Die Kollegen, welche im Jahre 1910 bei der Firma G. Koppers in Amerika (Cault St. Marie in Canada) gearbeitet haben und jetzt wieder in Deutschland weilen, mögen ihre Adresse sofort dem Unterzeichneten angeben.

Sachverhalt.

Auf Grund des vereinbarten Vertrages (betrifft die Arbeitsdauer in Amerika) müssen die Kollegen noch eine Entschädigung erhalten. Bis jetzt haben 8 Kollegen durch unser Vorkommen den Betrag von 792 M. 96 Pf. erhalten, weitere 9 Kollegen müssen noch bekommen den Betrag von 932 M. 80 Pf. Deshalb mögen die fehlenden Kollegen sich sofort melden.

Ferner bekommen noch 8 Kollegen ihr eingeklagtes Geld (Gewerbebeiträge) zurück. Ihre Adressen sind, weil sie abgereicht, unbekannt.

Berhard Kirchner, Essen, Frohnhauser Straße 19.

Sterbetafel.

Am Montag, den 16. Oktober, starb infolge eines Bauunfalles unser Mitglied August Marx im Alter von 28 Jahren.

Zählstelle Bochum (Maurer).

Am 21. Oktober starb unser Kollege Wilhelm Nuhl im Alter von 18 Jahren.

Zählstelle Duisburg (Bauhilfsarbeiter).

Ehre ihrem Andenken!